

Irakisch-Kurdistan: 30 Jahre Halabja

Gerechtigkeit für die Opfer des Völkermordes



Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
Internet: www.gfbv.de
E-Mail: info@gfbv.de

Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 9 471 400
BLZ: 251 205 10
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Text: Alina Czyzewski, Kamal Sido, Mia Greßmann

Redaktion: Inse Geismar

Layout: Lewis Rangno, Alina Czyzewski

Titelfoto: Sammy Six via Flickr

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im März 2018

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
2. Appell aus Halabja – <i>Bitte helft uns!</i>	6
3. Stimmen aus Halabja	8
4. Hintergründe.....	13
4.1 Die Verfolgung der Kurden im Irak.....	13
4.2 Der erste Golfkrieg und die Anfal-Operation	14
4.3 Der Giftgasangriff auf Halabja	16
4.4 Die Rolle deutscher Firmen bei der Produktion der Chemiewaffen....	18
4.5 Entschädigung und Entschuldigung?	20
5. Auswirkungen bis heute	23
6. Forderungen der Gesellschaft für bedrohte Völker	26

1. Einleitung

Am 16. und 17. März 1988 bombardierte die irakische Luftwaffe die kurdische Stadt Halabja im Norden des Landes mit Giftgas. Es gehörte zu den größten Massakern an Zivilisten mit chemischen Kampfstoffen seit dem Zweiten Weltkrieg. Diese Attacke hatten auch deutsche und europäische Firmen, u.a. durch Unterstützung des Aufbaus von Produktionsanlagen von Giftgas, ermöglicht. Das Bombardement richtete sich gezielt gegen die Menschen des Nordiraks. Mindestens 5.000 Menschen starben innerhalb weniger Stunden. Die Bevölkerung von Halabja wurde anschließend mit konventionellen Waffen angegriffen und vertrieben.

Die Auswirkungen des Giftgaseinsatzes reichen bis in die Gegenwart. Zahlreiche Überlebende leiden noch immer an Spätfolgen. In Halabja gibt es ungewöhnlich viele Fälle von bösartigem Krebs, Hautkrankheiten, Atemproblemen, Unfruchtbarkeit, Fehlgeburten und angeborenen Missbildungen. Die Zahl der von diesen Erkrankungen Betroffenen ist im Vergleich zu benachbarten Ortschaften, die von Gasangriffen verschont blieben, deutlich höher. Noch heute fehlt es an finanziellen Mitteln für den Aufbau einer medizinischen Infrastruktur, um sich angemessen um die überlebenden Opfer mit Spätfolgen kümmern zu können.

Immer wieder versuchte die Stadt Halabja, die ausländischen Firmen zu verklagen, die in irgendeiner Weise zu dem Giftgasangriff 1988 beigetragen haben. Viel ist seitdem über das Verbrechen gesagt und geschrieben worden. Doch zahlreiche Opfer wurden nie entschädigt. Auch nach dem Sturz von Saddam Hussein im Jahre 2003 erfuhren sie keine Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Es wurden zwar viele Versprechungen gemacht, aber kaum etwas davon eingehalten. Halabja leidet – wie ganz Irakisch-Kurdistan – unter politischen Auseinandersetzungen zwischen dem Bundesland Irakisch-Kurdistan und der von schiitischen Parteien beherrschten Zentralregierung in Bagdad.

Den meisten Menschen in Halabja geht es nicht gut, auch unabhängig von ihrem gesundheitlichen Zustand. Seit Jahren zahlt die Zentralregierung in Bagdad keine Löhne

und Gehälter mehr. Die Unstimmigkeiten zwischen der Regionalregierung Kurdistans und der Zentralregierung in Bagdad eskalierten wegen eines Referendums über die Unabhängigkeit Kurdistans, das im September 2017 stattfand. Die Region Kurdistan, darunter auch die Stadt Halabja, ist faktisch einer Wirtschaftsblockade ausgesetzt. Bagdad will eine Loslösung Kurdistans nicht zulassen und reagiert mit Härte. Diese Politik und der Streit zwischen den beiden regierenden Parteien in Kurdistan, der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), tragen dazu bei, dass sich die Lage in Halabja noch verschlechtert.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) versucht Jahr für Jahr, die deutsche Öffentlichkeit und Politik auf das fortbestehende Leid der Opfer des Giftgasangriffes aufmerksam zu machen. Immer wieder wurden Vertreter von Halabja nach Deutschland eingeladen, um mit deutschen Politikern zu sprechen. Die notwendige Hilfe ist aber ausgeblieben.



60 Jahre UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes. (Tilman Zülch, Gründer der GfbV, Dr. Kamal Sido, GfbV-Nahostreferent, u. Khdir Karim, ehemaliger Bürgermeister von Halabja, Berlin, 12.12.2008; Foto: GfbV Archiv)

2. Appell aus Halabja – Bitte helft uns!

Liebe Freundinnen und Freunde im fernen Deutschland,

ich schreibe Ihnen aus der kurdischen Stadt Halabja und bitte Sie dringend um Hilfe für die Opfer des Giftgasangriffes vor 30 Jahren durch das frühere Regime von Saddam Hussein.

Auch nach 30 Jahren bleibt die Situation in Halabja nahezu unverändert: Es gibt ungewöhnlich viele Fälle von bösartigem Hautkrebs, Hautkrankheiten, Atemproblemen, Unfruchtbarkeit und angeborenen Missbildungen. Sowohl die Natur als auch die Menschen sind noch stark von den Spätfolgen betroffen, so zum Beispiel ist eine weiterhin hohe Konzentration von Giftstoffen in den Böden; unter anderem auch von starken Nervengiften.

Tausende der Bewohner leiden heute noch unter schweren Krankheiten wie Leukämie, Knochenverwachsungen und Asthma, die direkt auf die Gifte der Anschläge zurückgeführt werden können. Internationale Hilfe erhalten wir nur in geringstem Maße. Dennoch versuchen wir positiv zu bleiben und uns dafür einzusetzen, dass keine andere Stadt ein Schicksal wie wir erleiden muss. Jedes Jahr haben wir verschiedene Aktivitäten, um uns an die Anschläge zu erinnern und unserer verlorenen Freunde und Verwandte zu gedenken.

Auch wenn der Deutsche Bundestag bereits am 14.03.2013 „sein tiefes Bedauern darüber äußerte, dass die Verbrechen mit Giftgas verübt wurden, dessen Herstellung mit illegalen Lieferungen deutscher Firmen ermöglicht wurde.“ Und obwohl das Parlament die Bundesregierung aufforderte, „ihre Unterstützung für die Betroffenen aufrechtzuerhalten“, gab es jedoch nie eine offizielle Entschuldigung der deutschen Bundesregierung. Gegen die beteiligten deutschen Firmen wurden zwar teilweise, dank des Einsatzes der GfbV, Verfahren eingeleitet, zu Entschuldigungen oder Versuchen der Wiedergutmachung kam es jedoch auch hier nicht.

2008 hatte ich durch die Unterstützung der GfbV die Gelegenheit, nach Deutschland zu reisen und unter anderem in Hannover und Marburg Gespräche mit deutschen Ärzten,

Politikern und Firmen zu führen. Wir als Stadt würden uns sehr freuen, wenn deutsche Firmen in Halabja investieren würden und sich so am Wiederaufbau der Stadt beteiligen würden.

Bitte helfen Sie uns, mit den Folgen des Giftgasangriffes fertig zu werden!

Es grüßt Sie Khder Karim, ehemaliger Bürgermeister von Halabja und Vize-Präsident der „Welt Organisation Gemeinden für den Frieden“.

Halabja, den 16. Februar 2018



Khder Karim besucht Überlebende des Giftgasangriffes. 11.12.2015. Foto: GfbV Archiv

3. Stimmen aus Halabja

Ali Othman, Gouverneur von Halabja

„Auch 30 Jahre nach dem Völkermord in Halabja leiden viele Menschen an Spätfolgen des Giftangriffs: Sie kämpfen mit Augen-, Brust- und Nervenerkrankungen, anderen Krankheiten sowie psychischen Problemen. Die psychischen Leiden führen auch zu familiären Konflikten. Es gibt immer noch Kinder, die 1988 verschwanden, und die wir seitdem suchen. Auch wenn wir in Halabja immer wieder Unterstützung über diverse Botschaften und Konsulate erhielten, ist eine weitere Unterstützung notwendig; zumal Halabja zu einem Symbol geworden ist - in Kurdistan, im Irak und in der Welt. Ein Symbol, das das Leiden der Opfer im Genozid widerspiegelt. Ich bedanke mich im Namen der Menschen von Halabja bei allen, die uns geholfen haben, mit der Hoffnung auf weitere Unterstützung für Halabja. Diese Unterstützung hat auch einen symbolischen Charakter: Dass Verbrechen wie das in Halabja sich nie wiederholen dürfen.“

Khdir Karim, Welt Organisation Gemeinden für den Frieden

„Wir haben immer noch damit zu kämpfen, dass wir nicht genug Medikamente erhalten, die notwendig für die Opfer wären: Außerdem fehlen Fachkliniken, Fachärzte und Spezialisten, um die Spätfolgen zu behandeln. Wir möchten, dass irgendwann dieser Völkermord von allen Parlamenten dieser Welt beim Namen genannt wird. Hier darf man nicht vergessen, dass nicht nur Halabja ein Opfer des Völkermordes wurde, sondern das gesamte kurdische Volk. Das kurdische Volk ist einem fortschreitenden Völkermord ausgeliefert. Zum Beispiel wird aktuell die Stadt Afrin in Westkurdistan [Syrien, Redaktion] brutal von der Türkei angegriffen. Ohne einen Grund. Für mich ist es ein neues Halabja, was dort geschieht. Auch Afrin wird mit verbotenen Waffen angegriffen; unter anderem mit völkerrechtswidrigem Giftgas. Es bleibt zu hoffen, dass wir es schaffen die Massenvernichtungswaffen endlich weltweit zu verbieten, sodass kein Mensch mehr Opfer dieser scheußlichen Waffen wird.“

Honer Jaffer, Direktor des Gesundheitsamtes von Halabja

Der Direktor des Gesundheitsamtes, Honer Jaffer, fordert ein Spezialteam für die Opfer mit Spätfolgen. Auch „Augenspezialisten und mehr Medikamente für die Behandlung der Opfer“ seien von Nöten. Eine Frau, die Opfer des Giftgasangriffs wurde, erzählt von der Bedeutung der Medikamente in ihrem täglichen Leben: *„Dieses Medikament habe ich immer dabei, egal wohin ich gehe. Zum Beispiel nach Teheran oder Suleimania. Ich muss es immer dabei haben. Dieses Medikament ist ein Teil von mir, wie eine Schwester, wie ein Bruder. Uns muss geholfen werden. Wann werden sie uns helfen? Wenn wir nicht mehr am Leben sind?“*

Mhamad Hama Said, Verband der Opfer des Giftgasangriffes von Halabja

„Vor dem Einsatz des Giftgases waren wir eine große Familie. Mehrere Familien aus meiner Verwandtschaft sind vollständig ausgelöscht worden. Nur ich und eine andere Schwester haben die Attacke überlebt. Es gibt kaum eine Familie in Halabja, die keine Verluste zu beklagen hat. Wenn ich kann, täglich oder wöchentlich, aber auf jeden Fall monatlich, besuche ich diese Gräber. Und wenn ich vor diesen Gräbern stehe, bete ich für die Opfer. Was ich immer noch nicht verkraften kann, ist der Verlust meiner Schwester, die auf dem Weg zur Behandlung nach Teheran, verschwunden ist. Dies ist mein größter Schmerz. Ich habe die Hoffnung nicht verloren und will auch nicht aufgeben, bis ich Gewissheit habe über den Verbleib meiner Schwester. Die zuständigen Behörden kümmern sich nicht genug um die Suche nach den verschwundenen Kindern. Hier wäre eine DNA-Untersuchung hilfreich. Es ist wichtig, die Kinder zu finden, damit die Familien wieder zusammenkommen können. Wir erwarten sowohl finanzielle als auch moralische Unterstützung von internationalen Organisationen. Diese Unterstützung kann das Leid der Betroffenen etwas lindern.“



Linke Spalte, von oben nach unten: Khdir karim, Rangin Salam, Honer Jaffer, Kwestan Akram, Hikmat Fayaq. Rechte Spalte, von oben nach unten: Ali Othman, Goryan Halabjaye, eine Überlebende des Giftgasangriffs, Kawa Ali Karim, Mhamad Hama Said. Fotos und Interviews: KurdSat.

Kawa Ali Karim, Stellvertretender Gouverneur von Halabja

Kawa Ali Karim bekundet, dass immer noch keine vollständigen und umfangreichen Gutachten über die Umweltschäden durch die Giftgasangriffe auf Halabja vorliegen. Dabei seien Informationen über die Verschmutzung von Grundwasser, Luft und Böden dringend notwendig für die Bevölkerung in Halabja. Die südafrikanische University of Zululand hat durch den Hydrologen Professor Jean Simonis eine Studie durchgeführt, die aber noch nicht vollständig ist. In seinem Bericht forderte Professor Simonis mehr Mittel, um eine umfangreichere Studie durchführen zu können. Es sei wichtig herauszufinden, wie sich die verwendeten Giftgase Cyanid, Tabun, Sarin und VX in dem Ökosystem um Halabja veränderten und welche Auswirkungen diese neuen Substanzen nun auf die Umwelt haben. *„Wir als Verwaltung von Halabja, vor allem nachdem Halabja zu einer Provinz geworden ist, haben Anrecht darauf, informiert zu werden. Die irakische Zentralregierung und die Regionalregierung haben die Verwaltung und Bevölkerung von Halabja jahrelang nicht ausreichend über die Auswirkungen der Gifte informiert.“*

Hikmat Fayaq, Verband der Opfer des Giftgasangriffes von Halabja

„Es ist bekannt, dass zahlreiche Firmen aus vielen Ländern das damalige irakische Regime bei der Herstellung des Giftgases unterstützt haben. Unter den Firmen gibt es viele, die noch zu keinem Zeitpunkt wegen Beihilfe zum Völkermord zur Rechenschaft gezogen worden sind. Deswegen wiederholen wir unsere Forderung an die Vereinten Nationen, dass diese Firmen endlich vor Gericht gestellt werden sollen. Staaten, die behaupten, für die Menschenrechte einzutreten, sind aufgefordert, sich dieser Aussage zu stellen, damit Verbrechen wie damals in Halabja sich nirgendwo wiederholen. Wir Kurden waren und werden immer wieder Kriegsverbrechen und Völkermord ausgesetzt. So geschahen vor einigen Jahren Völkermorde in Sinjar [Shingal], Kobanî, und nun in Afrin. Wenn die Täter ungestraft bleiben, könnten Verbrechen mit Massenvernichtungswaffen auch woanders begangen werden. Beispielsweise in Syrien haben wir gesehen, wie oft diese Waffen gegen Zivilisten eingesetzt worden sind. Es

besteht die Gefahr, dass auch Terroristen in den Besitz von Massenvernichtungswaffen kommen. Es sterben immer noch Menschen an diesen Spätfolgen des Angriffs in Kurdistan. Die Verletzten erhalten nicht immer die notwendige Hilfe und Behandlung. Daher müssen die Staaten, die für den Einsatz von Giftgas in Halabja mitverantwortlich sind, ihrer Verantwortung gerecht werden und den Menschen in Halabja helfen.“

Rangin Salam, eine Vertreterin der Kaka'i Religionsgemeinschaft und

Kwestan Akram, Frauenrechtsbeauftragte von Halabja

Wenn die für die Giftgasattacke mitverantwortlichen Länder weiterhin notwendige Hilfeleistungen unterlassen, so könnte dies zu einer Radikalisierung der muslimischen Bevölkerung in Halabja führen. Zumal die Firmen, die bei der Herstellung von Giftgas dem Regime von Saddam Hussein geholfen haben, aus westlichen und christlich geprägten Ländern kommen. Bestimmte radikal-islamistische Gruppen könnten daher die Frustration der Menschen und die wachsende anti-westliche Stimmung für ihre eigenen Zwecke instrumentalisieren. Eine solche Lage wäre vor allem für die Frauen in Halabja problematisch, wie die Frauenrechtsbeauftragte Kwestan Ankrum verdeutlicht. Aber auch für religiöse Minderheiten, die schon immer benachteiligt wurden, wie die Abgeordnete der Kaka'i [Yārsān], Rangin Salam, betont.

Goryan Halabjaye, Schriftsteller und Intellektueller

„Die Bestrafung der Täter und die Wiedergutmachung für die Opfer sind zentrale Elemente für eine Aufarbeitung der Geschichte. Diese Aufarbeitung ist sehr wichtig. Nicht nur für die Generationen, die die Giftgasattacke auf Halabja erlebt haben, sondern auch für zukünftige Generationen. Dieser Völkermord kann nur dann zur Vergangenheit werden, wenn eine Bestrafung der Täter und eine Wiedergutmachung erfolgen.“

4. Hintergründe

4.1 Die Verfolgung der Kurden im Irak

Die Kurden gehören zu den indogermanischen Völkern. Mit 30 bis 35 Millionen Menschen sind sie das größte Volk ohne eigenen Staat. Ihr Siedlungsgebiet wurde nach dem Ersten Weltkrieg zwischen den neu entstandenen Staaten Syrien, Irak, Türkische Republik und Iran aufgeteilt. Der Irak war der erste Staat mit einer beträchtlichen kurdischen Minderheit, der in einem Verfassungsdokument 1958 die nationalen Rechte der kurdischen Bevölkerung anerkannte. Darin wird ausdrücklich formuliert, dass dieser Nation Araber und Kurden angehören, und die Verfassung ihre nationalen Rechte im Rahmen des irakischen Gemeinwesens garantiert. Diese Rechte standen jedoch nur auf dem Papier. Die wechselnden Regierungen sicherten sich in der Regel zunächst die Unterstützung der kurdischen Bevölkerung. Doch sobald sie ihre Machtposition gefestigt hatten, verfolgten sie eine Unterdrückungspolitik gegen die Kurden.

Im Gebiet um Mosul gab es immer wieder Vertreibungsaktionen gegen die dort lebenden Kurden, Assyrer/Chaldäer/Aramäer, Armenier, Shabak, Christen, Yeziden und andere Minderheiten, um an wertvolle Erdölvorkommen zu gelangen. So waren die Kurden und die mit ihnen lebenden Minderheiten jahrzehntelang Opfer einer Politik der Umsiedlung und Vertreibung, der Bombardements und Arabisierung, die Widerstandskämpfe und eine Massenflucht von Kurden in den Iran zur Folge hatte.

Diese Situation spitzte sich während des Baath-Regimes von Präsident Saddam Hussein zu, unter dem die Kurden Folter, Hunger, Gefangenschaft, Deportation und Massenbegräbnisse bei lebendigem Leibe erlitten. Insgesamt wurden 4.500 Dörfer, rund 90 Prozent der ländlichen Region, völlig zerstört und dem Volk damit die materielle und kulturell-soziale Lebensgrundlage geraubt. Der Name dieser Vernichtungskampagne brannte sich für immer in das Gedächtnis der Kurden: es war die Anfal-Operation.



Halabja Genocide Museum. Foto: KurdSat

4.2 Der erste Golfkrieg und die Anfal-Operation

Die Anfal-Operation steht im Kontext des ersten Golfkrieges von 1980 bis 1988. Dieser entbrannte zwischen dem Irak und dem Iran aufgrund eines Grenzkonfliktes, hinter dem aber der Wettstreit um Zugang zu Ölvorkommen steckte. Beide Seiten förderten die Darstellung des Krieges als Kampf zwischen Schiiten und Sunniten bzw. zwischen Persern und Arabern. Hinzu kam der Konflikt zwischen Saddam Hussein und Ayatollah Khomeini, dem geistigen Führer der Islamischen Revolution im Iran. Gegen Ende des Krieges befürchtete Bagdad die Kontrolle über seine nördlichen Gebiete, die mehrheitlich von Kurden bewohnt sind, an den Iran zu verlieren.

Deshalb wurde Ali Hassan Al-Majid, der Cousin von Präsident Saddam Hussein, 1987 beauftragt, den kurdischen Widerstand endgültig auszulöschen. Es folgten Angriffe auf kurdische Siedlungen und gegen die kurdischen Widerstandsorganisationen. Die den Angriffen zugrundeliegende Systematik und Grausamkeit gegenüber der kurdischen Zivilbevölkerung machte die Anfal-Operation zu einer schrecklichen Vernichtungskampagne. Sie wurde in acht Operationen ausgeführt. Am 6. September 1988 beendete Saddam Hussein die Anfal-Kampagne mit einer "Amnestie" für die

Festgenommenen, von denen daraufhin jedoch Dutzende aus dem Gefängnis Salamiyeh in Busse verfrachtet und mit unbekanntem Ziel weggefahren wurden. Dieser Verlust der Angehörigen ist ein psychologisches Trauma, das zur Zerstörung der Heimat sowie zu den gesundheitlichen Spät- und Langzeitfolgen des Einsatzes der Giftgase noch hinzukommt.

Der amerikanische Pulitzer Preisträger Roy Gutman berichtet in seinem Lexikon über Kriegsverbrechen "Crimes of War 1999" von 60.000 Toten, während der britische Nah-Ost-Kenner Prof. David McDowall in seinem Standardwerk "A modern history of the Kurds" der Zahl der Opfer auf 150.000 schätzte. Kurdische Menschenrechtler gehen sogar von 182.000 Todesopfern unter Kurden, Assyrern/Chaldäern/Aramäern, Turkmenen, Shabak, Christen, Yeziden, Yarsani und anderen Volksgruppen aus.



Drei Staatsoberhäupter: König Hussein, Jordanien. Saddam Hussein, Irak. Hosni Mubarak, Ägypten. 1985 in Bagdad. Foto Abdullah Manaz via Flickr

4.3 Der Giftgasangriff auf Halabja

Die schrecklichste Attacke dieser Vernichtungskampagne war der Giftgasangriff auf das kurdische Halabja. Sie war der Höhepunkt der ersten Anfal-Operation. Damals war Halabja eine florierende Kleinstadt an der Grenze zum Iran mit etwa 80.000 Bewohnern, darunter viele vertriebene kurdische Familien. Sie wurde von der Partei Patriotische Union Kurdistan (PUK) kontrolliert, beherbergte aber auch kommunistische und sozialistische Gruppen. Die offene Unterstützung der Bevölkerung für die Peshmerga, die Solidarisierung der PUK mit den iranischen Truppen, und Halabjas geographische Lage mitten im Schauplatz des ersten Golfkrieges wurde den Menschen dort zum Verhängnis.

Als die iranischen Truppen Halabja fast eingenommen hatten, reagierte Bagdad mit dem verheerendsten Angriff seit Beginn der Anfal-Operation: Am 16. und 17. März 1988 bombardierten irakische Flugzeuge in Schwadern von je sieben bis acht Maschinen in mehreren Wellen die Stadt und alle Zufahrtsstraßen. Doch nach den ersten Bombardements war klar, dass es sich hier nicht nur um herkömmliche Waffen handelte: Am frühen Nachmittag verbreitete sich ein Geruch von süßen Äpfeln und verrottenden Eiern in der Stadt und Menschen schrien angsterfüllt von einem Gasangriff. Der Augenzeuge Kherwan sagte Radio Free Iraq (RFE/RL) in einem Interview¹, dass überall Menschen auf der Straße kollabierten, manche eine grüne Flüssigkeit erbrachen, während andere in hysterische Lachanfalle verfielen und dann bewusstlos zusammenbrachen. „Vögel fielen aus ihren Nestern, dann Tiere und dann Menschen. Es war die totale Vernichtung.“

Für diese schreckliche Attacke wurde ein regelrechter Giftcocktail eingesetzt: Senfgas, Nervengas, Sarin, Tabun, VX und sehr wahrscheinlich Cyanid. Diese Substanzen fraßen sich durch die Kleider, griffen Haut, Augen und Lungen an. Viele suchten Schutz in Kellern, doch die schlecht belüfteten Räume wurden ihnen zum Verhängnis. Giftgas ist

¹ Interviews von (RFE/RL) Radio Free Iraq correspondent Ahmad al-Zubaidi <http://ekurd.net/mismas/articles/misc2008/3/independentstate2078.htm>

eine sogenannte willkürliche Waffe, da man mit ihr nicht gezielt gegen Kriegsteilnehmer vorgehen kann, sondern sie zwangsläufig auch alle anwesenden Zivilisten tötet. Den irakischen Befehlshabern war also völlig klar, dass hier nicht gezielt gegen die iranischen Truppen gekämpft wurde. Es ging vielmehr um die Auslöschung der ganzen kurdischen Stadtbevölkerung.

Mindestens 5.000 Menschen starben während des Angriffs und viele weitere erlagen den Spätfolgen. Etwa 10.000 Bewohner der Stadt wurden verletzt. Die meisten Opfer waren dem Gas schutzlos ausgeliefert. Zwar konnte die genaue Zahl der Todesopfer nie geklärt werden, die in der Nähe der Stadt gelegenen Massengräber lassen aber noch höhere Zahlen vermuten. Viele der Opfer waren Kinder, Frauen und alte Menschen.



Nachstellung von Fotos der Opfer direkt nach dem Angriff, Halabja Genocide Museum. Foto: KurdSat

Wo blieb die humanitäre Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft? Wegen geopolitischen Interessen bevorzugten viele Regierungen, die Gräueltaten gegen die Bevölkerung von Halabja nicht bekannt werden zu lassen. Denn nach wie vor hatten westliche Staaten und arabische Nachbarländer große Angst vor einer Ausbreitung der

Islamischen Revolution über die Grenzen des Irans hinaus. Also wurde Saddam Hussein weiterhin unterstützt bzw. seine Verbrechen weitgehend ignoriert, damit er als Bollwerk gegen Ayatollah Khomeinis Revolution dienen konnte. Vor allem die Bemühungen von Journalisten und Menschenrechtsorganisationen brachten Halabja schließlich internationale Aufmerksamkeit und sorgten dafür, dass der Angriff als völkerrechtswidrig verurteilt wurde.

4.4 Die Rolle deutscher Firmen bei der Produktion der Chemiewaffen

Nach Informationen der Stadtverwaltung von Halabja waren es mindestens 400 nicht-irakische Firmen, die dem Baath-Regime von Saddam Hussein dazu in die Lage versetzt haben, Giftgas zu produzieren. Die Süddeutsche Zeitung berichtete 1997, dass etwa 70 Prozent der irakischen Anlagen für die Giftgasproduktion durch deutsche Firmen gebaut wurden.² Insgesamt tragen über 40 deutsche und europäische Firmen Mitverantwortung.

Vor allem in den Bau eines großen Chemiewerks bei Samara waren zahlreiche deutsche Firmen verstrickt, sodass UN-Inspektoren die Hauptstraße dieser Anlage scherzhaft als „Sauerkraut-Boulevard“ bezeichneten. Zum Beispiel übernahm die Firma Preussag (seit 2002 TUi, auf Tourismus spezialisiert) die Wasseraufbereitung, Heringer die Errichtung der Gebäude, die Firma Hammer aus Kleinostheim war mit den Klimaanlage beauftragt, während Rhein-Bayern die Labors baute und einrichtete und Spezial-LKWs beschaffte. Es wurden auch europäische Consulting-Firmen, wie die deutsche Firma Water Engineering Trading (WET) beauftragt. WET war zudem Auftragnehmer beim Bau der zweitgrößten irakischen Giftgasfabrikation bei Falluja und löste sich nach Fertigstellung der Anlagen wieder auf.

Eine besonders wichtige Rolle spielte die Firma Karl Kolb, die durch ihr Tochterunternehmen Pilot Plant gleich mehrere Chemiewerke im Irak baute. Die offizielle Aufgabe dieser Anlagen war die Pestizidproduktion. Es muss aber davon

² Die ganze Antwort der Bundesregierung gibt es hier: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/010/1701022.pdf>

ausgegangen werden, dass schon während der Bauzeit den beteiligten Firmen klar war, dass es sich nicht um normale Pestizid-Fabriken handelte. Zum Beispiel lieferte Firma Karl Kolb/Pilot Plant eine Gaskammer nach Samara, in der chemische Kampfstoffe an Tieren getestet werden konnten. Tatsächlich produzierte man dort nämlich Giftgase wie Senfgas, Sarin und Tabun. Alle diese Chemikalien wurden gegen die Bevölkerung in Halabja eingesetzt³.

Wie war es möglich, dass deutsche Unternehmen dem Baath-Regime beim Bau von Produktionsanlagen für gefährliche Chemikalien halfen? Dies erklärt sich aus dem Dual-Use-Prinzip im Außenwirtschaftsgesetz: Geräte oder Materialien wie Chemikalien, die zivile und militärische Anwendung finden können, durften auch an Regierungen wie das Regime unter Saddam Hussein geliefert werden.



1990 fanden GfbV-Mitarbeiter in Geheimlagern der Firma MBB vor laufenden Kameras frisch gepackte Pakete mit Ersatzteilen für Kampfhubschrauber der irakischen Armee. Foto: GfbV Archiv

³ Spiegel Bericht vom 13.04.1992, unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13679461.html>

„Wir stellen Mittel gegen Ungeziefer her – gegen Wanzen, Flöhe, Heuschrecken, Perser, Israelis.“⁴ Diese Aussage eines irakischen Arbeiters in einer solchen Anlage unterstreicht die Unwahrscheinlichkeit, dass man von dem eigentlichen Zweck der produzierten Chemikalien nichts wusste. Und tatsächlich kam es zu strafrechtlichen Verfahren gegen 22 Vertreter von zehn beteiligten deutschen Unternehmen. Aber nur gegen die Hälfte wurde Anklage erhoben. Drei von ihnen wurden freigesprochen, drei weitere wurden zu weniger als zwei Jahren Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Diese geringen Strafen erklären sich aus den Ergebnissen von Gutachten über die irakischen Chemiewerke, bei denen es unklar blieb, ob diese nur Giftgas oder auch Pestizide produzieren konnten. Ein typisches Beispiel der Problematik von Dual-Use Exportgütern.

Gegen die restlichen Angeklagten wurde das Verfahren eingestellt, darunter auch Vertreter der Firma Karl Kolb. Grund dafür war vor allem die Verjährung der Straftat, da es Jahre dauerte, bis die Verfahren eingeleitet wurden. Dass es überhaupt zu einer strafrechtlichen Verfolgung der Unternehmen kam, war dem Engagement von Organisationen wie der Gesellschaft für bedrohte Völker zu verdanken. Denn die Bundesregierung unter Helmut Kohl bevorzugte es, einen Mantel des Schweigens über Verbindungen zwischen dem Giftgaseinsatz unter Saddam Hussein und deutschen Unternehmen zu legen.

4.5 Entschädigung und Entschuldigung?

Wie aber konnte die damalige Bundesregierung nichts von den tatsächlichen Begebenheiten gewusst haben? Denn kurz nach der Giftgasattacke berichtete der Spiegel von aktiven BND-Mitarbeitern in deutschen Unternehmen, die zu der Giftgasproduktion beigetragen haben.⁵ Doch es dauerte noch Jahre, bis die Regierung

⁴ Spiegel Bericht vom 13.04.1992, unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13679461.html>

⁵ Den ganzen Artikel gibt es unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/deutschland-lieferte-chemikalien-an-saddams-irak-und-assads-syrien-a-923347.html>

die Verbindungen zwischen diesen Firmen und dem Giftgasangriff auf Halabja und auf andere kurdisch-irakische Städte während der Anfal-Operation offen diskutierte.

Die Frage nach einer Mitverantwortung an den Kriegsverbrechen gegen die Menschen in Halabja verneint die Bundesregierung seit nunmehr 30 Jahren. Damals wie heute ist ihre Position, dass die irakische Regierung die volle Schuld trifft. Deutsche Unternehmen, die sich durch illegale Beteiligung an der Produktion von Chemiewaffen im Irak schuldig machten, seien ja bereits strafrechtlich verfolgt worden. Ali Hassan Al-Majid, der Hauptbefehlshaber der Anfal-Operation, ist von einem irakischen Gericht zum Tode verurteilt worden.

Und wer trägt die Verantwortung für jahrelang lax gehandhabte Exportkontrollen? Die Opposition kritisierte die damalige Bundesregierung scharf. Andrea Lederer (PDS/Linke Liste) sagte vor dem Bundestag 1991: „Die Maxime der Genehmigungspraxis ist schlicht: im Zweifel für den Export.“⁶ Die deutsche chemisch-pharmazeutische Industrie ist ein wichtiger Wirtschaftszweig mit über 400.000 Beschäftigten. Deutschland ist sogar Exportweltmeister in dieser Branche und verkaufte von 2002 bis 2006 chemisch-pharmazeutische Produkte im Wert von 500 Milliarden Euro.⁷ Der Druck dieser Industrie auf die Politik ist also groß.

⁶ Den Bericht zur Bundestagssitzung am 11.10.1991 gibt es unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/12/12048.pdf>

⁷ Den vollständigen Artikel gibt es unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/deutschland-lieferte-chemikalien-an-saddams-irak-und-assads-syrien-a-923347.html>



Statue in Erinnerung an die Journalisten, die als erste die Giftgasattacke in Halabja dokumentierten. Foto: KurdSat

Seit fast 30 Jahren ist der Giftgasangriff auf Halabja und die Frage nach einer Mitschuld der damaligen Bundesregierung ein Konfliktthema. So stritt die Bundesregierung 2001 eine „wie immer geartete Mitverantwortung“ der Regierung Kohl ab, nachdem die PDS/Linke eine kleine Anfrage zu diesem Thema gestellt hatte. Zum 20. Jahrestag 2008 wies die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD erneut jegliche Mitverantwortung sowie die Notwendigkeit von Entschädigungszahlungen von sich.

Dieselbe Position wurde auch 2010 von der Regierung aus CDU/CSU und FDP vertreten. Zudem betonte sie, dass man die Giftgasattacke auf Halabja nicht als Völkermord betrachte. Zum 25. Jahrestag des Bombardements setzte sich der Konflikt zwischen Regierung und Opposition fort, indem Schwarz/Gelb zwar große Trauer über das Leid der Menschen in Halabja zeigte, sich aber hütete, deren Tragödie als Genozid anzuerkennen.

In ihrer Analyse 136 zu Saddam Husseins Giftwaffenprogramm sagte die International Crisis Group (ICG), dass die Regierungen der jeweiligen involvierten internationalen Unternehmen ihre „stillschweigende Billigung“ zu den Gräueltaten gaben. Geopolitische Interessen während des ersten Golfkrieges seien als wichtiger eingestuft worden, so die ICG. Denn im Gegensatz zum Iran genoss die irakische Regierung das temporäre Wohlwollen der westlichen Politik.⁸

⁸ Den vollständigen Bericht gibt es unter <https://www.crisisgroup.org/europe-central-asia/balkans/serbia/arming-saddam-yugoslav-connection>

Obwohl deutsche und internationale Medien sowie Menschenrechtsorganisationen im Zusammenhang mit dem Giftgasangriff auf Halabja seit fast 30 Jahren auf die Rolle Deutschlands hinweisen, hat sich bis heute nicht viel an der Position der Regierung verändert. Dabei hat der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag die Anerkennung zum Genozid längst vollzogen. Auch die Parlamente von Schweden, Kanada, dem Vereinigten Königreich und die norwegische Regierung sind dieser Auffassung. Doch die deutsche Regierung hat bis heute keine Entschuldigung an die Opfer in Halabja abgegeben. Denn sowohl die Anerkennung als Genozid als auch eine Entschuldigung im Namen der Regierung Kohl würde Entschädigungszahlungen als Konsequenz nach sich ziehen.

5. Auswirkungen bis heute

Nach der Attacke überließen die irakischen Truppen Halabja der iranischen Armee. Damit war die Stadt von ihrer wichtigsten Versorgungsquelle abgeschnitten, nämlich den kurdischen Gruppen im Nordirak. Die ganze medizinische Unterstützung hing nun von iranischem Engagement ab, das sich aber in Grenzen hielt.

Zehn Jahre später berichtete ein Nachrichtenteam des britischen Channel 4 von den Spätfolgen des Gasangriffs.⁹ Damals versammelten sich knapp 700 Menschen, um den Reportern ihr Leid zu klagen. Unter anderem ging es um die schlechte medizinische Versorgung und das überforderte und unterfinanzierte örtliche Krankenhaus. Die Anwesenden hatten schwere Haut- und Knochendeformationen, bösartige Tumore und Psychosen. Viele konnten nicht ohne Hilfsmittel laufen, und bei manchen gab es sogar Wirbelsäulenverkrümmungen. Einer der untersuchenden Ärzte sagte, dies sei nur „die Spitze des Eisberges“, denn die meisten der schwerkranken Opfer „sind wohl schon verstorben.“¹⁰

⁹ Saddam's secret weapon (Channel 4, 1988) unter <http://www.publications.steveplatt.net/halabja.htm>

¹⁰ Ebd.

Überlebende der eigentlichen Attacke haben oft einen grausamen Leidensweg bis zu ihrem verfrühten Tod zu ertragen. So erzählte Omar Ali Mohammad einem BBC-Reporter, seit der Giftgasattacke sitze ein stetig wachsender bösartiger Krebs in einem seiner Augen, der trotz zahlreicher Operationen nicht aufzuhalten sei und nun schon sein ganzes Gesicht deformiert habe.¹¹ Der Direktor des Krankenhauses in Halabja berichtete von einer erhöhten Zahl an Darmkrebs-, Brustkrebs- und Lungenkrebs-Fällen. Auch Erkrankungen der Atemwege, der Haut und der Augen sowie der Geschlechtsorgane treten vermehrt in Halabja auf, seitdem die Bevölkerung in Kontakt mit den Chemikalien kam.

„Der Giftgasangriff hat sich nicht nur in das Gedächtnis der Kurden gebrannt, sondern auch in ihre Gene“, sagen viele Kurden. Die Zahl der erblich bedingten Missbildungen ist seitdem dramatisch angestiegen. Zum Beispiel nahmen einst seltene Entstellungen wie die Gaumenspalte oder Hasenscharte extrem an Häufigkeit zu. Und durch die schlechte medizinische Versorgung können die Kinder nicht richtig behandelt werden. Laut Bericht von Channel 4 hat sich die Zahl der Menschen mit Trisomie 21 verdoppelt und mit Leukämie verdreifacht. Herzversagen und angeborene Herzfehler sind von 39 Fällen 1990 auf 173 Fälle 1996 angestiegen. Schließlich ist die Zahl der Fehlgeburten enorm gewachsen und bis zu 14 Mal höher als im benachbarten und vom Giftgasangriff verschonten Ort Chamchamal. Dr. Fouad Baban, Direktor des medizinischen Zentrums in Halabja, sagte der BBC: „Die hohe Rate an Unfruchtbarkeit und Fehlgeburten beeinflusst die demographische Struktur unserer Bevölkerung, die um die zehn Prozent geringer ist als sie sein sollte. Das ist eine nationale Tragödie für unser Volk.“

¹¹ Den BBC-Artikel gibt es unter http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/2138447.stm



Nachstellung von Fotos der Opfer direkt nach dem Angriff (Halabja Genocide Museum). Foto: GfbV Archiv

Die genetischen Auswirkungen von Giftgasen, wie sie gegen die Menschen in Halabja verwendet wurden, sind hinlänglich bekannt. Es besteht kein Zweifel, dass das Baath-Regime seinen Vernichtungsfeldzug gegen die Kurden im Nordirak auch gegen die zukünftigen Generationen richtete. Der kalkulierte Einsatz von Senfgas und Nervengas in Halabja muss in Zusammenhang mit deren Wirkungsweise gesehen werden: Senfgas verursacht zunächst Verbrennungen der Augen, Haut und Lungen. Doch es führt auch zu Geburtsfehlern, Krebs und Missbildungen. Das von den Nazis entwickelte Nervengas wird sowohl über die Atemwege als auch über die Haut aufgenommen, sorgt für einen Zusammenbruch der normalen Muskelfunktion und führt zu Erstickungen. Langzeitfolgen sind unter anderem Mutationen des Erbguts, Krebs und Deformationen. Die Tatsache, dass vor allem Frauen und Kinder betroffen waren, macht die Langzeitfolgen der Giftgasattacke auf Halabja noch verheerender.

Diese kalkulierte Vernichtungsoperation gegen die kurdische Bevölkerung und ihre Nachkommen ist ein klarer Verstoß gegen die UN-Völkermordkonvention und muss von der internationalen Staatengemeinschaft als solcher geächtet werden. Die

zahlreichen Opfer mit Langzeitfolgen haben ein Anrecht auf Hilfeleistungen und Gerechtigkeit.

6. Forderungen der Gesellschaft für bedrohte Völker

Anlässlich des 30. Jahrestags der Giftgasattacke auf die kurdische Stadt Halabja vom 16. und 17. März 1988 fordert die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) von der deutschen Bundesregierung besondere Aufmerksamkeit und Engagement für die diskriminierte kurdische Bevölkerung in den Ländern des Nahen Ostens. Denn „durch die deutsche Beteiligung am irakischen Chemiewaffenprogramm wurde die Attacke auf Halabja erst möglich gemacht,“ begründet Ulrich Delius, Direktor der GfbV, die Forderung der Menschenrechtsorganisation.

Die GfbV appelliert an die deutsche Bundesregierung, das Verbrechen gegen die Bevölkerung von Halabja endlich als Völkermord anzuerkennen - wie es der Internationale Strafgerichtshof, die Parlamente des Vereinigten Königreichs, Schwedens und Kanadas, sowie die norwegische Regierung bereits getan haben.

Die Menschen in Halabja haben Anrecht auf eine Entschuldigung und auf Hilfeleistungen, die über die bisherige humanitäre Unterstützung hinausgehen. Die gesundheitliche und wirtschaftliche Lage in Halabja ist auch 30 Jahre nach dem Giftgasangriff nicht gut. Die Menschen brauchen dringend bessere medizinische Versorgung. Insbesondere die Opfer mit Spätfolgen.

Darum fordert die GfbV von der deutschen Bundesregierung, dass sie einen Fonds für Halabja ins Leben ruft. Damit kann die medizinische und ökonomische Infrastruktur der Stadt verbessert und die Probleme und Spätfolgen durch den Giftgasangriff gemindert werden. Dieser Fonds kann auch den Familien helfen, deren Kinder nach der Attacke verschwunden sind, ihre Angehörigen endlich wiederzufinden.

Zudem wiederholt die GfbV den Vorschlag von Khder Karim, dem ehemaligen Bürgermeister von Halabja, dass deutsche Unternehmen in die lokale Wirtschaft investieren und sich so am Wiederaufbau der Stadt beteiligen.

Die symbolische Bedeutung einer solchen Unterstützung durch die Bundesregierung ist besonders wichtig: Ein Verbrechen, wie es in Halabja und den anderen Ortschaften Irakisch-Kurdistan während der Anfal-Operation begangen wurde, darf nie wieder passieren. Diese Menschen warten noch immer auf Hilfe und Gerechtigkeit. Der 30. Jahrestag des Giftgasangriffs ist ein Anlass, um den Opfern endlich zu geben, was wir ihnen schulden!



Angehörige der Opfer des Giftanschlages besucht den Friedhof der "Chemischen Märtyrer Halabjas". Foto: Kurd Sat